



informa

Juni 2020

Informationen der IG Metall Migrantenvertretung bei Volkswagen am Standort Wolfsburg

AUSGABE 37

IN DIESER AUSGABE

Seite 2/3

Virus – Krise

Was trifft Migranten besonders stark?

Pflegelücke!

Sie bedroht viele Menschen!

Seite 4/5

Menschenrechte

Das Streben nach Freiheit

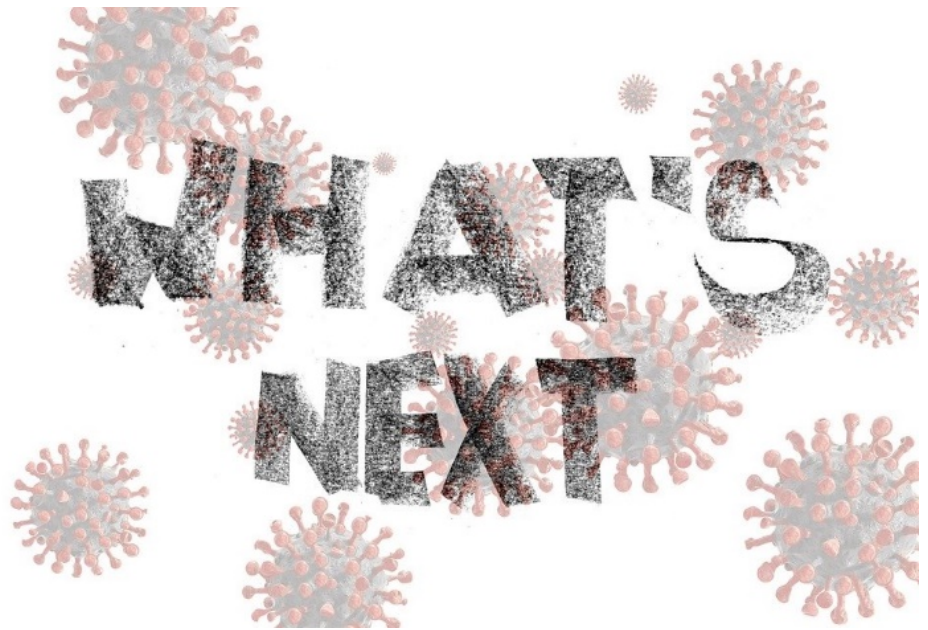
Menschen & Rechte sind unteilbar!

Seite 6/7

News & Aktuelles

Seite 8

TERMINE UND
VERSCHIEDENES



Jetzt erst recht!

Jetzt erst recht!

Zusammenhalten!

Zusammenhalten!

Positiv denken!

Positiv denken!

Nach vorne schauen!

Nach vorne schauen!



V.i.S.d.P.: Ricarda Bier, Erste Bevollmächtigte (kommissarisch), IG Metall Wolfsburg, Siegfried-Ehlers-Str. 2, 38440 Wolfsburg

Redaktion:

Redaktionsteam

Migrantenvertretung

Migration in der Virus-Krise

Gesicht
zeigen,
Stimme
erheben!

Warum trifft die Corona-Krise Migrant/innen besonders hart?

Für die Rund 300.000 Saisonarbeitskräfte die jährlich in Deutschland in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen, wird es in diesem Jahr ein großes Problem geben. Teils arbeiten diese Menschen häufig ohne Beachtung von Arbeitsrechten und unter hoher körperlicher Belastung auf Feldern zum Spargelstechen.

Auch Saisonarbeits- und Pflegekräfte oder auch LKW-Fahrer die die Frühjahressaison verpasst haben, werden in ihren Ländern teils ohne staatlicher Beihilfen dieses Jahr überstehen müssen. Das Saisoneinkommen mancher Arbeiter/Innen sichert in ihren Ländern oftmals ein ganzes Jahreseinkommen ab.

Hier in Deutschland bedeutet es, dass die Landwirte durch erhöhte Lohnkosten oder mangelnder Kapazitäten durch fehlendes Personal, wirtschaftliche Einbußen haben.

Durch die Grenzsicherungen wurde auch der Transit gestoppt, so sind Transporte von Gütern nicht mehr möglich und viele Arbeiter von Speditionen erhielten rechtswidrige Kündigungen von den Unternehmen. Viele Branchen werden in diesem Jahr um das Überleben kämpfen müssen, es hat große Lücken in vielen Betrieben gerissen.

Arbeitsmigranten sind in dieser Krisenzeit ohne Entlohnung geblieben, obwohl in Deutschland von März bis Mai für ca. 120.000 Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft benötigt werden.

Laut DPA haben es nur wenige geschafft aus Rumänien rechtzeitig nach Deutschland zu kommen. Viele haben es statt über Land mit dem Flugzeug versucht einzureisen, sind aber gescheitert.

Den Arbeitskräften sei nicht abgenommen worden, dass sie zur Ernte nach Deutschland wollten und dort erwartet werden. Versperrt sei auch der Weg mit dem Auto. Die Rumänen würden an der österreichisch-ungarischen Grenze meist nicht durchgelassen.

Ende März ordnete Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) dann offiziell an, dass Erntehelfer/innen und Saisonarbeiter/innen wegen der Corona-Krise nicht mehr nach Deutschland einreisen dürfen.

Auch Arbeitskräfte aus Bulgarien, Rumänien und Großbritannien sowie Saisonarbeiter aus den Nachbarländern konnten durch die Grenzkontrollen nicht eingesetzt werden. Im April wurde diese Haltung revidiert und Arbeitskräfte konnten eingeflogen werden! Das war wieder mal typisch Deutsch! „Deutschland ist First!“ Man kann es auch europäische Ausbeute nennen.

Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) hatte schon zuvor vorgeschlagen, Asylbewerber/innen ohne Arbeitserlaubnis als Saisonarbeiter/innen in der Landwirtschaft einsetzen zu können. „Der eine oder andere aus sicheren Herkunftsländern wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, aus Nord Mazedonien, Montenegro, Serbien oder auch dem Senegal könnte durchaus Interesse an der Arbeit in der Landwirtschaft haben“ schrieb Klöckner laut eines Berichts des Redaktionsnetzwerks Deutschland an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). „Das Arbeitsverbot könnte ja nicht generell, sondern zeitlich befristet aufgehoben werden.“ Dieses könnte man als blanker Eigennutz und Egoismus betrachten!

Pflegelücke droht viele Menschen!

Der „Verband für häusliche Betreuung und Pflege e.V.“ (VHBP) rechnet nach „Report Mainz“- Recherchen kurzfristig mit einem Versorgungsnotstand, wenn osteuropäische Betreuungskräfte in Deutschland fehlen. Viele der Pflegekräfte würden wegen der Corona-Krise aus Angst Deutschland verlassen, wenige Osteuropäerinnen kommen derzeit aber als Ersatz nach.



„Man hat damit gerechnet, dass 100.000 bis 200.000 Menschen schrittweise nicht mehr von Pflegepersonal aus den Osteuropäischen Ausland versorgt werden konnten, dass sie alleine zuhause bleiben und dass sie dann in Altenheimen oder Kliniken versorgt werden müssen“. Derzeit sind nach Schätzung des VHBP rund 300.000 osteuropäische Betreuungskräfte in Deutschland tätig. Rund 270.000 arbeiten demnach ohne Sozialversicherung. „Die Betreuungskräfte sind und waren immer schon systemrelevant, und dabei spielt es keine Rolle, ob sie legal oder illegal beschäftigt sind. Sie sind einfach als Personen hier in Deutschland systemrelevant, weil nur sie stabilisieren das Versorgungssystem der Pflegebedürftigkeit“, sagte Pflegeforscher Michael Isfort im „Report Mainz“.

Der VHBP forderte eine „Passiermöglichkeit“, damit die Pflegekräfte weiter die Grenze überqueren können. „Das bedeutet eine Registrierungspflicht für diese Betreuungspersonen, damit man weiß, wer in Deutschland eingereist ist“. Bisher kamen die Betreuungskräfte vor allem mit Bussen. Doch Reisebusfahrten waren derzeit verboten. Deshalb wurde laut VHBP der Transport auf Kleinbusse oder Autos mit fünf Personen verlagert. „Gerade die vielen illegalen Betreuungskräfte, die nicht durch Agenturen betreut und transportiert worden sind, brauchen Fahrten ohne Infektionsrisiko, etwa Einzeltaxis vom Wohnort bis zum Auftragsort, mit Fahrerwechsel an der Grenze“, sagte VHBP-Geschäftsführer Frederic Seebohm.

Ein weiteres Problem: Pflegekräfte und medizinisches Personal werden gerade nicht nur in Deutschland dringend gebraucht – aus Ländern wie Rumänien waren in den vergangenen Jahren viele Pflegekräfte nach Deutschland abgewandert. Das wurde gnadenlos ausgenutzt, Fairness innerhalb der Europäischen Union. Wie schon zu Zeiten der Gastarbeiter, wenn man selbst nicht in der Lage ist und Geld hat, holt man sich Arbeitskraft von anderswo! Dieses denken spaltet Europa, das scheint aber im Eigennutz keine Rolle zu spielen!

Quelle: <https://www.dgb-bildungswerk.de>

Menschen & Rechte sind unteilbar!

Warum wir für die Menschenrechte streiten müssen

In einer demokratischen Gesellschaft bilden universelle, unteilbare und unveräußerliche Menschenrechte die Grundlage. Dieses wird aber in unserem Zeitalter in unterschiedlicher Art und Weise immer wieder in Frage gestellt. Es werden öfters Angriffe auf die Pressefreiheit gestartet, auch die Rechtstaatlichkeit wird in Frage gestellt.

Zu beobachten ist, dass diese meistens aus Kreisen der Rechtspopulisten oder diktatorischer regierender Staaten kommt. Es ist darauf zu erkennen, dass diese Gruppierungen auf Macht und Herrschaft hinauslaufen und hinterher keine Rücksicht auf Bürgerrechten mehr genommen wird.

In Europa haben wir von einer Union der Staaten gesprochen, **gemeinsam, demokratisch und frei** sollten wir sein, ja mit Beachtung demokratischer Grundsätze. Wirtschaftskrisen und Ungleichheiten der Länder sowie Einwirkungen der Weltmächten und Kriege die um uns geführt werden, sorgen für Nährboden zu Gunsten von Nationalisten und Demokratiefeinden.

Somit entwickelt sich im Moment nicht nur ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, sondern auch der zwei Ideen von Europa. Auf der einen Seite die Idee des offenen Europa, ohne Grenzen, Vielfältig und Bunt. Auf der anderen Seite das Europa der Abschottung nach außen, des Nationalismus und Protektionismus.

In diesem Spannungsfeld ertrinken weiter Menschen im Mittelmeer, vegetieren in Griechenland Kinder und Alte in überfüllten Lagern, werden Sinti und Roma zu Sündenböcken für die Krise erklärt und rasieren die Ungarn die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit.

Wir dürfen nicht außer Augen lassen, dass wo Menschenrecht missachtend regiert wird:

- Schutzsuchende im Mittelmeer ertrinken!
- Menschen jahrelang in Dreck und Elend ohne Zugang zu einem Asylverfahren ausharren müssen!
- Angehörige von Minderheiten diffamiert und tödlich angegriffen werden!

So wird die menschenrechtliche Basis Europas zerstört!

Angesichts der Entwicklungen in einer Zeit die wir gemeinsam mit der Corona-Krise erleben sollte die Besinnung dazu führen, wie wichtig das Leben auf dieser Welt sein kann und vor allem wie schnell wir Menschen in Gefahr sein können. Sicherheit können wir uns nur gemeinsam und gegenseitig geben. Spätestens jetzt muss die Beachtung der Menschenrechte von Bedeutung sein. Freiheit und demokratische Grundrechte sorgen in unserer Gesellschaft für Frieden und Leben auf diesen Planeten.

„Die Menschenrechte gelten nicht nur für einige Privilegierte, sondern für alle Menschen. Für sie zu kämpfen lohnt sich heute und in Zukunft.“ (Pro Asyl). Das egoistische Denken der führenden Länder muss ein Ende finden! Solidarität ist jetzt gefragt, ein Umdenken für das Miteinander. Stattdessen haben sich einige Länder an Hilfe für Italien geweigert und sich Schutzmasken in hoher Anzahl für den Eigengebrauch gehamstert. Auch Pflegekräfte aus Rumänien einfliegen lassen!

DAS STREBEN NACH FREIHEIT

Gesicht
zeigen,
Stimme
erheben!

1525

DEUTSCHER BAUERNKRIEG:

»... Darum erfindet sich mit der Schrift, dass wir frei sind und sein wollen.«

Artikel 3 aus den »Zwölf Artikeln«, eine frühe Erklärung von Menschen- und Freiheitsrechten, aus dem Deutschen Bauernkrieg

1789 DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN:

DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION

Die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte wurde am 26. August 1789 von der Nationalversammlung verabschiedet. Rund einen Monat zuvor hatte sich der Dritte Stand (Bürger und Bauern) der vormaligen Ständeversammlung des Ancien Régime zur Nationalversammlung erklärt und vom Ersten und Zweiten Stand (Klerus und Adel) losgesagt.

Die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte hat bis heute nichts von ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz verloren.

1919

WURDE IN DEUTSCHLAND DAS

FRAUENWAHLRECHT EINGEFÜHRT

Marie Juchacz (1879–1956), deutsche Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin am 19. Februar 1919 im Deutschen Reichstag

»Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist. «

1963

»I have a dream that my four little children will one day live in a nation where they will not be judged by the color of their skin, but by the content of their character. I have a dream today! «

Martin Luther King, amerikanischer Bürgerrechtskämpfer, 1929-1968

Quelle: proasyl.de

News & Aktuelles

Wohnsitzauflage für Geflüchtete verschlechtert Aussicht auf Beschäftigung

Geflüchtete mit einem anerkannten Schutzstatus, die einer regionalen Wohnsitzauflage unterliegen, haben eine geringere Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Das geht aus einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Die regionale Wohnsitzauflage senkt die Wahrscheinlichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, um rund sechs Prozentpunkte. Bei der Berechnung wurden die individuellen und regionalen Einflussfaktoren berücksichtigt.

Die Möglichkeit, regionale Wohnsitzauflagen für anerkannte Geflüchtete auszusprechen, wurde 2016 eingeführt. Diese Wohnsitzauflage auf der Ebene von Landkreisen, Städten oder Gemeinden wenden aktuell sieben Bundesländer an: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Regionale Wohnsitzauflagen verringern auch die Wahrscheinlichkeit, in einer privaten Unterkunft statt in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen. Demgegenüber zeigen sich keine eindeutigen Befunde in Hinblick auf die Teilnahme an Integrationskursen und den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse. Die Einführung regionaler Wohnsitzauflagen wurde unter anderem damit begründet, dass sie die Versorgung mit Wohnraum, den Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen und die Integration in den Arbeitsmarkt fördern.

Die Wohnsitzauflagen haben eine Dauer von drei Jahren ab dem Datum der Anerkennung des Antrags auf Schutz. Neben den in sieben Bundesländern angewendeten regionalen Wohnsitzauflagen gilt im ganzen Bundesgebiet, dass während dieser drei Jahre die Geflüchteten in dem Bundesland bleiben müssen, in denen Ihnen der Schutzstatus zuerkannt wurde. Die Wohnsitzauflagen entfallen, wenn ein Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Höhe von aktuell rund 730 Euro besteht. Während des Asylverfahrens sind Asylbewerber grundsätzlich verpflichtet, in der Ihnen zugewiesenen Unterkunft zu leben.

„Die bisherigen Ergebnisse sprechen nicht dafür, dass das Ziel des Gesetzes, die Integrationschancen von Geflüchteten durch die Einführung der Wohnsitzauflagen zu verbessern, tatsächlich erreicht wurde. In Hinblick auf die Arbeitsmarktintegration und die dezentrale Unterbringung außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften ist nach den Schätzergebnissen eher das Gegenteil der Fall. Allerdings ist der Beobachtungszeitraum noch sehr kurz“, erklären die IAB-Forscher in ihrer Studie. Das IAB werde deshalb die Wirkungen der Wohnsitzauflage für Geflüchtete mit anerkanntem Schutzstatus auch in Zukunft weiter untersuchen.

Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



News & Aktuelles

Gesicht
zeigen,
Stimme
erheben!

Wird Westbalkanregelung verlängert?

Die Bundesregierung erwägt, die ursprünglich nur für vier Jahre eingeführte Ausnahmege-
nehmigung für Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus den Westbalkan-Staaten zu verlän-
gern. Seit Januar 2016 können Menschen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nord Maze-
donien, Montenegro, Serbien und dem Kosovo ein Arbeitsvisum für Deutschland erhalten –
auch wenn sie keine Deutschkenntnisse und keine berufliche Qualifikation haben. Voraus-
setzung ist, dass der Antragsteller einen Arbeitsvertrag vorweisen kann und dass die Bunde-
sagentur für Arbeit zustimmt. Außerdem darf er in den 24 Monaten davor keine Sozialleis-
tungen in Deutschland bezogen haben. Die Regelung war als Reaktion auf die hohe Zahl
von Asylbewerbern auch aus diesen Staaten geschaffen worden und sollte ursprünglich En-
de 2020 auslaufen. Sie wurde damals flankiert von der neuen Einstufung von Albanien, dem
Kosovo und Montenegro als so genannte sichere Herkunftsstaaten.

Mogelpackung bei der Entsendung

Die Bundesregierung hat bis zum 30.Juli 2020 Zeit, das Arbeitnehmer-
Entsendungsgesetz(A-EntG) an die EU-Entsendungsrichtlinie anzupassen. Jetzt hat das
Bundeskabinett dazu einen Gesetzentwurf beschlossen.

Zurzeit sprechen wir von ca. 440.000 entsandten Arbeitnehmer/Innen, die aus EU-Staaten
der deutschen Wirtschaft, mit ihrer Arbeitskraft zur Verfügung stehen. Diese Arbeiter werden
von Ihren Firmen im EU-Ausland nach Deutschland geschickt und sind nur temporär in Ein-
satz. Um diese Arbeiter/Innen vor Ausbeute zu schützen soll künftig zum Teil der hiergelten-
de Tariflohn gezahlt werden. Bisher wurde nach Branchen Mindestentgeltsätze entlohnt!
Auch Kosten für Unterkünfte oder Fahrtkosten zur Arbeitsstelle, dürfen nicht vom Mindest-
lohn abgezogen werden. Wenn die Unterbringung vom Arbeitgeber vermietet wird, soll in
Zukunft darauf geachtet werden, dass die Wohnung nicht überteuert oder heruntergekome-
nen sind. Die Mindeststandards der Arbeitsstättenverordnung sind hierbei zu beachten! Der
deutsche Gesetzentwurf bleibe damit jedoch weit hinter den EU-Vorgaben zurück, heißt es in
einer Stellungnahme des DGB. Wieder mal Eigennutz und Egoismus, statt europäisches
Denken in der Gemeinschaft.

Beispiel:

Die EU-Entsenderichtlinie sichere zum Beispiel ab, dass auch für entsandte Beschäftigte
nicht lediglich die unterste Entgeltgruppe, sondern darüber hinaus komplette Tarifgitter fest-
gelegt werden können. Doch die Bundesregierung will nur die untersten drei Entgeltstufen
festschreiben. Der DGB lehnt das ab: Beschäftigte müssten in alle Entgeltgruppen eines Ta-
rifvertrags mit Unterscheidungen nach Art der Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung
eingestuft werden können. „Es kann nicht sein, dass europäische Errungenschaften der
neuen Entsenderichtlinie durch eine unionsrechtswidrige Mogelpackung unterlaufen wer-
den“, sagt DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.



Respekt! Kein Platz für Rassismus
Wir sind immer dabei!



Bild: Desireé Migliore Kernteam der Migrantenvertretung



Respekt bei Volkswagen



Service



Gesicht zeigen, Stimme erheben!

Die nächste Ausgabe folgt im September 2020

Initiative

Meldet euch, wenn ihr Anregungen oder gute Ideen für die Informa habt. Auch Kritik ist erwünscht!

giuseppe.gianchino@volkswagen.de

Telefon: 05361/9-27462

Termine

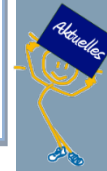
Betriebsversammlung

Ein Termin für die Betriebsversammlung wird zeitig bekannt gegeben.

Kontakt

Migrantenvertretung

der IG Metall Wolfsburg
Volkswagen Brieffach 1595
Halle 4, Sektor 21, 1.OG, Raum 181
+ 49 053 61 / 9 - 27463



Termine

04.06.2020

Betriebsversammlung

Ein Termin für die Betriebsversammlung wird zeitig bekannt gegeben.

20.06.2020

Tag des Flüchtlings

17.09.2020

After Work Party

IG Metall
Geschäftsstelle
Wolfsburg

18 bis 23 Uhr

